



A 22127 C

Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Frühjahr 1984

Die Lage der Weltwirtschaft	175
Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland	181

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 15·16/84

Berlin

19. April 1984

51. Jahrgang

Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Frühjahr 1984

Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V., Essen:

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
(Institut für Konjunkturforschung)

HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung - Hamburg

IFO-Institut für Wirtschaftsforschung, München

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

Rheinisch-Westfälisches Institut
für Wirtschaftsforschung, Essen

Abgeschlossen in München am 13. April 1984

Die Lage der Weltwirtschaft

Überblick

Der konjunkturelle Auftrieb in der Weltwirtschaft hat seit Herbst 1983 an Breite gewonnen, da nun auch in Westeuropa Nachfrage und Produktion deutlich zunehmen. Nachdem die Belebung der Nachfrage in wichtigen Industrieländern zunächst lediglich vom privaten Konsum und verschiedentlich vom Wohnungsbau sowie von lagerzyklischen Bewegungen getragen worden war, begannen in letzter Zeit die Unternehmensinvestitionen in einer zunehmenden Zahl von Ländern wieder zu steigen.

Die Arbeitslosigkeit ist bisher nur in den USA erheblich zurückgegangen. Nach den Erfolgen bei der Inflationsbekämpfung in den letzten Jahren hat sich der Preisanstieg insgesamt nicht weiter verlangsamt. Das nach wie vor große Konjunkturgefälle zwischen den USA und den übrigen Ländern sowie die bis zum Jahresbeginn starke Aufwertung des Dollars führten zu einer kräftigen Zunahme des Leistungsbilanzdefizits der USA. Dem stand nicht nur eine Aktivierung der Leistungsbilanzen in den anderen Industrieländern insgesamt gegenüber, sondern auch eine merkliche Verminderung des Defizits der Entwicklungsländer.

Der kräftige Aufschwung in den USA strahlte auf die übrige Welt aus. In Westeuropa, wo die Belebung zunächst in Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland begonnen hatte, kam es zu einem Prozeß wechselseitiger Anregung. Dies verhinderte in Ländern, die bei der Stabilisierung von Kosten und Preisen nachhinken und daher — wie namentlich Frankreich und Belgien — noch weitere Sanierungsmaßnahmen ergriffen, eine rezessive Entwicklung.

Die konjunkturelle Aufwärtsbewegung im vergangenen Jahr war durch geldpolitische Impulse und vereinzelt durch finanzpolitische Anstöße in Gang gebracht worden. Vor allem in den USA hat die Entlastung der Unternehmen von Steuern und Abgaben sowie die Lohnzurückhaltung der Tarifparteien auch zu einer Verbesserung der Angebotsbedingungen und zu einer Stimulierung der Investitionsneigung geführt. In anderen Ländern haben sich mit den erreichten Stabilisierungs- und Anpassungsfortschritten die Wachstumsbedingungen ebenfalls verbessert.

Die Investitionsneigung nahm auch dort zu, wo nicht, wie in den USA und der Bundesrepublik Deutschland, finanzpolitische Maßnahmen zur Investitionsförderung ergriffen worden waren. Nach der langjährigen Investitionsschwäche sind die Produktionskapazitäten teilweise überaltert, so daß modernisiert werden muß, wollen die Unternehmen im internationalen Wettbewerb nicht zurückfallen. Wenn trotz immer noch hoher Zinsen verstärkt investiert wird, dann auch wegen einer zumeist günstigen Gewinnentwicklung. Sie ist Folge des in letzter Zeit geringeren Anstiegs der Löhne und einer spürbaren Erhöhung der Produktivität; dabei spielten freilich zyklische Faktoren eine wichtige Rolle.

Um der drohenden Verstärkung von Inflationserwartungen entgegenzutreten, begannen im Sommer 1983 die Zentralbanken wichtiger Länder die zuvor übermäßige monetäre Expansion wieder zu bremsen. Ob sie nunmehr einen stetigen potentialorientierten Kurs steuern werden, ist unsicher. So könnten in den USA die geldpolitischen Zügel angezogen werden, wenn im Jahresverlauf die Inflationsrate wieder steigt und daher, aber auch wegen der hohen Defizite in der Leistungsbilanz, der Dollar unter Druck gerät. Wahrscheinlich ist indes, daß die monetäre Expansion in den USA und anderen wichtigen Ländern nicht spürbar weiter gedrosselt wird.

Erhebliche Unsicherheit besteht hinsichtlich der amerikanischen Finanzpolitik. Diese war bis jetzt stark expansiv ausgerichtet, und das Defizit des Bundeshaushalts hat trotz der Konjunkturbesserung kaum abgenommen. Seit einiger Zeit verstärkt sich aber der politische Druck, Konsolidierungsmaßnahmen zu ergreifen. Entscheidungen darüber werden durch den Wahlkampf beträchtlich erschwert. Es

spricht jedoch einiges dafür, daß noch vor der Wahl Maßnahmen zur Verringerung des Defizits beschlossen werden. Bessern sich auf diese Weise die Aussichten auf eine Entlastung der Finanzmärkte, so dürfte dies den Zinssteigerungstendenzen entgegenwirken, die sich in den USA mit der fortschreitenden konjunkturellen Aufwärtsbewegung ergeben.

In den meisten westeuropäischen Volkswirtschaften und in Japan ist die Finanzpolitik demgegenüber schon seit längerem auf Konsolidierung gerichtet. Dabei spielen Abgabenerhöhungen und die „heimlichen“ Steuererhöhungen durch die Progression vielfach weiterhin eine ebenso große Rolle wie Zurückhaltung bei den Ausgaben. Allerdings sind viele Regierungen bestrebt, die Unternehmen durch Steuerentlastungen zu einer Verstärkung der Investitionen zu veranlassen.

Die Risiken, die den internationalen Finanzmärkten und der weltwirtschaftlichen Entwicklung durch die Verschuldungskrise vieler Entwicklungsländer drohen, sind durch die konjunkturelle Belebung tendenziell entschärft worden. Das zusammengefaßte Leistungsbilanzdefizit dieser Ländergruppe hat 1983 merklich abgenommen, und zwar aufgrund steigender Ausfuhrerlöse und kaum noch durch eine anhaltende Einschränkung der Einfuhren. Vor diesem Hintergrund verringern sich allmählich die Schwierigkeiten bei den — weiterhin notwendigen — Umschuldungen und der Beschaffung neuer Kredite, und es scheint Spielraum für eine leichte Erhöhung der Einfuhr entstanden zu sein. Dabei gibt es allerdings weiterhin erhebliche Unterschiede von Land zu Land. Auch würde die Situation bei einem Nachlassen der weltwirtschaftlichen Erholung rasch wieder prekär.

Unter den dargestellten wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen ist damit zu rechnen, daß die konjunkturelle Aufwärtsentwicklung in den Industrieländern im weiteren Verlauf dieses Jahres anhält. Allerdings dürfte die Wirtschaft in den USA nicht mehr so kräftig expandieren wie bisher. Mit dem Abklingen der wirtschaftspolitischen Stimulierung werden die retardierenden Wirkungen der nach wie vor hohen Realzinsen auf die Dispositionen von Investoren und Konsumenten wahrscheinlich mehr als bisher fühlbar werden. Das Nachlassen des Importsogs in den USA wird die Expansion auch in Japan etwas dämpfen; die Inlandsnachfrage belebt sich dort nur allmählich. In Westeuropa wird sich die Erholung wahrscheinlich im bisherigen verhaltenen Tempo fortsetzen. Dabei werden weiterhin erhebliche Unterschiede von Land zu Land bestehen, auch weil die Austeritätspolitik in einigen Ländern, namentlich in Frankreich und Belgien, im vergangenen und in diesem Jahr noch verstärkt worden ist.

Insgesamt wird das reale Bruttosozialprodukt der Industrieländer im Jahre 1984 mit annähernd 4 vH die

höchste Wachstumsrate seit sechs Jahren aufweisen. Eine nachhaltige Verstärkung der Investitionstätigkeit, die zu einer Erhöhung des Wachstumspfadens und einer Entschärfung der Beschäftigungsprobleme führt, ist indes für die Weltwirtschaft noch keineswegs gesichert. Eine wichtige Voraussetzung hierfür ist, daß — anders als bisher — eine verstetigende, die Erwartungen stabilisierende Wirtschaftspolitik verwirklicht wird und die allgemein gewachsene Einsicht in die notwendige Stärkung der Unternehmenserträge gewahrt bleibt. Die Chancen dafür scheinen nach den Erfahrungen der letzten Jahre besser geworden zu sein.

Aufschwungstempo in den USA läßt nach

In den USA blieb das Tempo der konjunkturellen Expansion bis zuletzt kräftig. Das reale Bruttosozialprodukt nahm im Winterhalbjahr 1983/84 mit einer Jahresrate von 6 vH zu; annähernd doppelt so stark war der Anstieg der Industrieproduktion. Die Zahl der Beschäftigten erhöhte sich erheblich, und die Arbeitslosenquote ging gegenüber Ende 1982 um drei Prozentpunkte auf zuletzt 7,8 vH zurück. Der Preisauftrieb hat sich hingegen wieder etwas verstärkt; seit dem Sommer 1983 steigen die Verbraucherpreise mit einer Jahresrate von etwa 5 vH.

Nach dem Boom im Wohnungsbau und der kräftigen Belebung des privaten Konsums trugen immer mehr auch die Unternehmensinvestitionen zum Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion bei. Seit Anfang 1983 nehmen die Ausrüstungsinvestitionen beschleunigt zu; sie liegen gegenwärtig um etwa 20 vH über dem Niveau des Vorjahres. Neben verbesserten Absatzerwartungen spielte dabei die kräftige Erholung der Gewinne eine Rolle. Mit der raschen Ausweitung der Beschäftigung und der erneuten Senkung der Einkommensteuer Mitte 1983 hat sich der Anstieg der verfügbaren Einkommen deutlich verstärkt. Der private Verbrauch erhöhte sich daher bis zuletzt kräftig, ohne daß sich die Sparquote noch ermäßigt hätte.

Nach wie vor werden die Exporte dadurch gedämpft, daß sich die preisliche Wettbewerbsposition der amerikanischen Anbieter durch den hohen Dollarkurs verschlechtert hat; zudem blieb die Nachfrage wichtiger Handelspartner in Lateinamerika schwach. Dagegen führten die kräftige Expansion in den USA und die Aufwertung des Dollars zu einem Importboom. Die Einfuhr war in den ersten Monaten dieses Jahres um 30 vH höher als vor Jahresfrist. Entsprechend passivierte sich die Handelsbilanz; der Fehlbetrag belief sich 1983 auf rd. 70 Mrd. \$, nach 43 Mrd. \$ im Vorjahr.

Nach der nur schwachen Zunahme der Geldmenge im zweiten Halbjahr 1983 hat sich die monetäre Ex-

pansion seit der Jahreswende 1983/84 wieder etwas verstärkt; M1 steigt nunmehr mit einer Rate, die am oberen Rand der Zielvorgabe von 4 bis 8 vH liegt. Die Notenbank wird aber wahrscheinlich bestrebt sein, die Geldmengenausweitung wieder zu dämpfen, um einer Verstärkung der Inflationstendenzen vorzubeugen. Eine derartige Korrektur wird kaum möglich sein, ohne daß die Zinsen steigen, zumal seit einiger Zeit die private Kreditnachfrage stärker zunimmt. Eine Entlastung der Finanzmärkte durch Maßnahmen zur Konsolidierung des Bundeshaushalts ist wohl erst im späteren Verlauf des Jahres zu erwarten. Das Defizit dürfte 1984 trotz der konjunkturell bedingten Mehreinnahmen und Minderausgaben nur geringfügig sinken.

Im weiteren Verlauf dieses Jahres wird sich das Expansionstempo wahrscheinlich abschwächen. Von der Wirtschaftspolitik gehen kaum weitere Anregungen aus. Da nicht im gleichen Ausmaß wie in der Anfangsphase des Aufschwungs die Investitionen durch Gewinne finanziert werden, dürften die retardierenden Wirkungen der hohen Realzinsen an Gewicht gewinnen. Auch ist nicht zu erwarten, daß die Exporte nennenswert zunehmen, zumal nicht mit einer starken Abwertung des Dollars zu rechnen ist. Das reale Bruttosozialprodukt wird trotz einer langsameren Zunahme im Jahresverlauf um rd. 5 vH höher sein als im Vorjahr. Nach dem kräftigen Anstieg der Auslastung ist damit zu rechnen, daß die Preise etwas stärker angehoben werden. Im Jahresdurchschnitt dürften die Verbraucherpreise um etwa 5,5 vH über dem Niveau des Jahres 1983 liegen.

Deutlicher Aufschwung in Japan

Der Aufschwung in Japan wird seit dem Herbst 1983 nicht mehr nur durch den Export, sondern auch durch die Investitionen getragen. Dagegen nahm der private Konsum nur verhalten zu. Infolge der Belebung der Gesamtnachfrage sind die Importe zuletzt deutlicher gestiegen. Bei den Verbraucherpreisen hielt die stabile Grundtendenz an.

Die wirtschaftliche Aktivität wird weiterhin merkliche Impulse durch die Ausfuhr erhalten, da die Wettbewerbsfähigkeit japanischer Exporteure trotz der Aufwertung des Yen hoch bleibt. Die Exporte in die USA werden allerdings nicht mehr so stark zunehmen. Die Kräftigung der Inlandsnachfrage wird sich fortsetzen, obwohl von der auf Konsolidierung gerichteten Finanzpolitik, aber auch von der Geldpolitik, kaum Nachfrageimpulse ausgehen werden. Da sich die Erträge der privaten Unternehmen kräftig erholen und die Gewinnerwartungen in diesem Jahr günstig bleiben, werden die privaten Investitionen deutlich steigen. Aufgrund etwas höherer Lohnabschlüsse und einer allmählichen Ausweitung der Beschäfti-

gung werden die verfügbaren Einkommen rascher expandieren als bisher, so daß der private Verbrauch etwas stärker zunehmen wird.

Das Tempo der konjunkturellen Erholung wird im Vergleich zu früheren Aufschwüngen mäßig bleiben. Das Bruttosozialprodukt dürfte im Jahresdurchschnitt um 4 1/2 vH zunehmen, nach 3 vH im vergangenen Jahr. Die Verbraucherpreise werden in diesem Jahr trotz einer Anhebung indirekter Steuern mit etwa 2 1/2 vH nur wenig stärker steigen als im Vorjahr.

Weitere Konjunkturerholung in Westeuropa

In Westeuropa hat sich die konjunkturelle Erholung, die sich im Sommer 1983 andeutete, seit dem Herbst durchgesetzt. Es kam zu einer wechselseitigen Verstärkung expansiver Impulse über eine kräftige Belebung des Warenaustausches. Die Auslastung der Kapazitäten ist fast überall etwas gestiegen. Die wichtigste Ausnahme bildet Frankreich, wo Nachfrage und Produktion weiterhin stagnieren.

Die Erholung festigte sich, da nun auch die Investitionen zu steigen begannen. Ausschlaggebend hierfür war, daß sich die Absatzerwartungen verbesserten und die Unternehmenserträge bei erhöhter Kapazitätsauslastung und vermindertem Lohnauftrieb deutlich zunahmen. Die öffentlichen Investitionen waren infolge der fortdauernden Bemühungen um eine Konsolidierung der Staatsfinanzen rückläufig. Der Wohnungsbau entwickelte sich differenziert; während er in Großbritannien, Dänemark und in der Schweiz lebhaft blieb, setzte sich in Frankreich und in den Benelux-Staaten der Rückgang fort. Der private Verbrauch hat weiter nur leicht zugenommen, da die verfügbaren Einkommen real nur wenig gestiegen sind; die Neigung, den Verbrauch zu Lasten der Ersparnis zu erhöhen, scheint nicht weiter gewachsen zu sein.

Die Ausfuhr der westeuropäischen Länder ist seit dem vergangenen Sommer deutlich gestiegen. Der Export von Konsumgütern und Vormaterial nahm beschleunigt zu. Bei Investitionsgütern wurde der untere Wendepunkt durchschritten. Nach wie vor sehr stark war die Nachfrage aus Nordamerika, getragen nicht nur vom dortigen Konjunkturaufschwung, sondern auch von den erheblichen Wettbewerbsvorteilen infolge des hohen Dollar-Kurses. Der Rückgang der Lieferungen in die OPEC- und übrigen Entwicklungsländer sowie in die Staatshandelsländer kam offenbar zum Stillstand. Merklich zugenommen hat im Zuge der Konjunkturerholung der innereuropäische Handel. Wechselkursveränderungen, aber auch das Konjunkturgefälle haben dazu beigetragen, daß sich die Leistungsbilanzdefizite besonders in Frankreich, Italien, Schweden und Dänemark deutlich verringerten.

In vielen Ländern herrscht ein für die Frühphase eines Aufschwungs noch kräftiger Preisanstieg. Das Inflationsgefälle hat sich bei einer Teuerungsrate von zuletzt reichlich 12 vH in Italien und knapp 3 vH in der Schweiz nur wenig vermindert. Die erneute kräftige Abwertung der westeuropäischen Währungen gegenüber dem Dollar bis zum Beginn dieses Jahres führte zu einer deutlichen Verteuerung der Einfuhr, insbesondere von Rohstoffen. Dem stand zumeist eine Verringerung des inländischen Kostendrucks gegenüber. So hat sich der Lohnanstieg häufig weiter verlangsamt. Offenbar unter dem Eindruck der hohen Arbeitslosigkeit ließen sich in Frankreich, Belgien und den Niederlanden, vor allem aber in Italien, wo der automatische Lohnausgleich von Preissteigerungen deutlich eingeschränkt wurde, Maßnahmen zur Lohnämpfung durchsetzen.

Die Lage am Arbeitsmarkt hat sich nicht mehr verschlechtert. Die Zahl der offenen Stellen nahm, von einem freilich sehr niedrigen Niveau aus, zumeist etwas zu. Zugleich ging die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland, in Österreich, Schweden und Dänemark leicht zurück. In Großbritannien und wohl auch in Italien blieb die Arbeitslosigkeit etwa unverändert. Dies ist angesichts des zumeist noch verhaltenen Produktionsanstiegs auch eine Folge der leichten Abnahme des Erwerbspotentials. In Frankreich, wo arbeitsmarktpolitische Maßnahmen lange Zeit das Niveau der Arbeitslosigkeit gedrückt hatten, nahm die Zahl der Erwerbslosen infolge der fortdauernden Stagnation spürbar zu.

Die Notenbanken haben die monetäre Expansion, die bis Mitte 1983 sehr kräftig gewesen war, wieder gebremst. Es ist zu erwarten, daß sie im weiteren Verlauf des Jahres einen weitgehend potentialorientierten Kurs steuern werden. Die Finanzpolitik strebt weiterhin in erster Linie eine Konsolidierung der Staatshaushalte an. Bei meist stark reduziertem Anstieg der Staatsausgaben wird die Verringerung der Budgetdefizite durch die konjunkturelle Erholung erleichtert. Bei diesen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen und der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit wird der Lohnanstieg in Westeuropa insgesamt eher etwas schwächer werden.

Die Erholung von Nachfrage und Produktion wird sich im weiteren Verlauf dieses Jahres in mäßigem Tempo fortsetzen. Günstigere Gewinn- und Absatzerwartungen werden die Investitionsneigung festigen; schwach dürfte die Investitionstätigkeit vor allem noch in Frankreich bleiben. Der private Verbrauch wird wohl etwa im bisherigen Tempo steigen. Zwar wird die Sparneigung wahrscheinlich kaum noch zurückgehen, aber im Zuge der konjunkturellen Belebung steigt das verfügbare Einkommen real wieder etwas stärker. Die Ausfuhr wird weiter zügig expandieren. Das reale Bruttosozialprodukt dürfte sich in

Westeuropa im Jahresdurchschnitt um reichlich 2 vH erhöhen, nach 1 vH in 1983. Dabei wird sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt nur wenig verbessern. Der Preisauftrieb schwächt sich insbesondere in den Ländern noch ab, die beim Stabilisierungsprozeß hinterherhinken. Für Westeuropa insgesamt wird die Teuerungsrate 1984 mit etwa 6 vH etwas niedriger sein als 1983. Die weiterhin großen Diskrepanzen in der Preis- und Kostenentwicklung werden noch in diesem Jahr Paritätsanpassungen im Europäischen Währungssystem notwendig machen.

Zügige Expansion des Welthandels

Die zunehmende konjunkturelle Belebung in den Industrieländern führte seit dem Frühjahr 1983 zu einer kräftigen Expansion des Welthandels, der drei Jahre lang annähernd stagniert hatte. Nachdem die ersten Anstöße von dem starken Aufschwung in den USA kamen, stiegen im weiteren Verlauf die Einfuhren auch in anderen Industrieländern. Außerdem wurden allmählich die retardierenden Einflüsse schwächer, die von Importeinschränkungen seitens der Entwicklungsländer ausgingen.

Bei der sich fortsetzenden konjunkturellen Erholung in den Industrieländern wird die Aufwärtsentwicklung des Welthandels im weiteren Jahresverlauf anhalten. Allerdings dürfte sich das Tempo aufgrund der weniger expansiven Lagerdispositionen verlangsamen. Namentlich in den USA wird die Einfuhr wohl nicht mehr so stark zunehmen wie in der ersten Aufschwungsphase. Da sich die Zahlungsbilanzsituation vieler Problemländer vor allem wegen der wieder steigenden Exporterlöse leicht entspannt hat, dürfte die Einfuhr der Entwicklungsländer insgesamt wieder etwas zunehmen. Das Welthandelsvolumen wird 1984 voraussichtlich um annähernd 6 vH höher sein als im Vorjahr.

Mäßig steigende Rohstoffpreise

Der Verbrauch von Industrierohstoffen hat im Zuge der konjunkturellen Aufwärtsbewegung in den Industrieländern kräftig zugenommen. Dabei haben die Verarbeiter ihre Vorräte offenbar erst wenig erhöht; zu ihrer Zurückhaltung trugen die hohen Zinsen und die Unsicherheit über die Entwicklung der Wechselkurse bei. Die Nachfrage traf auf ein elastisches Angebot, so daß die Weltmarktpreise für Industrierohstoffe im allgemeinen nur leicht stiegen.

Im Laufe dieses Jahres wird der Rohstoffverbrauch voraussichtlich nicht mehr so rasch steigen wie bisher, vor allem weil sich der Aufschwung in den USA verlangsamen wird. Die Neigung der Händler und Verarbeiter, ihre Rohstoffvorräte aufzustocken, wird

Reales Bruttosozialprodukt und Verbraucherpreise in den wichtigsten Industrieländern

Veränderungen in vH gegenüber dem Vorjahr¹

Land	Gewicht in vH	Sozial- produkt		Ver- braucher preise	
		1983	1984	1983	1984
Bundesrepublik					
Deutschland	9,4	1,3	3,0	3,0	3,0
Frankreich	7,7	0,5	1,0	9,6	7,5
Großbritannien	6,7	3,0	2,5	4,6	5,5
Italien	4,9	-1,2	2,0	14,7	12,0
Niederlande	2,0	1,5	2,0	2,8	3,0
Schweden	1,4	2,0	2,5	8,9	7,5
Schweiz	1,4	0,0	2,0	3,0	2,5
Belgien	1,2	0,5	1,5	7,7	6,0
Österreich	1,0	1,9	2,0	3,3	5,5
Dänemark	0,8	2,5	2,5	6,9	5,5
Norwegen	0,8	2,3	2,0	8,8	6,5
Westeuropa ²	37,3	1,1	2,1	6,8	6,0
USA	43,3	3,4	5,0	3,2	5,5
Japan	15,2	3,0	4,5	1,9	2,5
Kanada	4,2	2,9	4,5	5,9	6,0
Insgesamt ²	100,0	2,5	3,8	4,5	5,3
nachrichtlich: Insgesamt ³		1,3	2,2	6,9	6,2

¹ Veränderungsrate 1984 geschätzt und auf halbe Prozentpunkte gerundet. — ² Summe der aufgeführten Länder; Gewichtung gemäß Bruttosozialprodukt von 1982. — ³ Gewichtet nach Anteilen an der deutschen Ausfuhr 1982.

kaum zunehmen, zumal das Rohstoffangebot reichlich bleiben wird. Einmal ist mit einem nur allmählichen Abbau der teilweise noch relativ hohen Bestände bei den Erzeugern und an den Warenbörsen zu rechnen, zum anderen wird die Produktion einiger Rohstoffe bereits wieder spürbar erhöht. Bei dieser Entwicklung von Nachfrage und Angebot werden die Preise für Industrierohstoffe — von Wechselkurseinflüssen abgesehen — wohl nur wenig steigen.

Die Nachfrage nach Rohöl nimmt seit dem letzten Herbst wieder zu. Angesichts des anhaltenden Angebotsdrucks haben sich die Rohölpreise trotz der Zuspitzung im Golfkrieg nur wenig verändert. Auch im weiteren Verlauf dieses Jahres werden sie sich wohl nicht erhöhen, obwohl der Ölverbrauch in den Industrieländern 1984 voraussichtlich um etwa 3 vH steigen wird; dabei wird angenommen, daß die Öllieferungen aus der Golf-Region nicht unterbrochen werden.

Auf den Weltmärkten für Nahrungs- und Genußmittel kam die kräftige Hausse im Winterhalbjahr 1983/84 zum Stillstand. Dabei spielte eine Rolle, daß für die Saison 1984/85 — normale Wachstumsbedingungen

vorausgesetzt — wesentlich höhere Ernten von Weizen und Futtergetreide zu erwarten sind, die den Bedarf wahrscheinlich übertreffen werden. In den USA wurden die Brachlandprogramme eingeschränkt. In anderen Exportländern dürfte der Anbau ausgeweitet werden. Günstige Versorgungsaussichten bestehen auch bei Zucker und Ölsaaten. Die Sojabohnenproduktion in den USA wird vermutlich kräftig steigen. Auf den Kaffeemärkten zeichnet sich nach der Nor-

malisierung der Ernten in Brasilien ein erhebliches Überangebot ab, das den Erfolg der Stützungsmaßnahmen im Rahmen des Internationalen Kaffee-Abkommens beeinträchtigen wird. Bei Kakao ist nunmehr mit höheren Ernten in den westafrikanischen Ländern zu rechnen. Wegen des höheren Angebots werden die Preise für Nahrungs- und Genußmittel in den kommenden Monaten voraussichtlich überwiegend nach unten tendieren.

Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland

In der Bundesrepublik Deutschland setzte sich die konjunkturelle Besserung im Winterhalbjahr 1983/84 fort. War die Aufwärtsbewegung bis zur Jahresmitte 1983 von der Inlandsnachfrage getragen worden, so kam danach eine kräftige Belebung der Ausfuhr hinzu. Der Anstieg von Nachfrage und Produktion gewann so viel an Tempo, daß der Auslastungsgrad der Kapazitäten spürbar zunahm. Die Erholung ist also in einen Aufschwung eingemündet.

Mit der wirtschaftlichen Besserung kam der Rückgang der Beschäftigung zum Stillstand. Die Zahl der Arbeitslosen und der Kurzarbeiter ist gesunken. Die steigende Zahl von Vermittlungen signalisiert, daß die Bereitschaft zu Neueinstellungen wächst.

Die Preise erhöhten sich nur mäßig. Für die Verbraucher verteuern sich Güter und Dienste seit einiger Zeit mit einer Jahresrate von rund 2 vH. Dies reflektiert die nach wie vor große Angebotselastizität in den meisten Wirtschaftszweigen sowie die günstige Entwicklung der Lohnkosten.

Die kräftige Belebung der Binnennachfrage ist zum Teil auf die bis Mitte 1983 recht expansive Geldpolitik zurückzuführen, zum Teil auf die finanzpolitische Förderung von Wohnungsbau und gewerblichen Investitionen. Begünstigt wurde die Investitionsneigung auch durch die Verbesserung der Ertragslage und der Ertragserwartungen. Die kräftige Zunahme der Ausfuhr geht sowohl auf die Belebung in wichtigen Partnerländern als auch auf die vergrößerte preisliche Wettbewerbsfähigkeit zurück.

Unstete Ausweitung der Geldmenge

Die Bundesbank war bis zur Jahreswende 1983/84 bestrebt, die Ausweitung der Geldbestände, die in den ersten Monaten des vergangenen Jahres beträchtlich über das stabilisierungs- und wachstumsgerechte Maß hinausgegangen war, zu bremsen. Dabei mag auch eine Rolle gespielt haben, daß die D-Mark gegenüber dem Dollar erheblich an Wert verlor. Nachdem die Bundesbank bereits im September den Lombardsatz von 5 auf 5 1/2% heraufgesetzt hatte, erhöhte sie in den Monaten danach die Zinssätze für Wertpapierpensionsgeschäfte, mit denen sie den Spitzenbedarf an Zentralbankgeld deckt, schrittweise auf 6%. Zudem hielt sie den Liquiditätsspielraum der Kreditinstitute eng begrenzt. Daraufhin stiegen die Zinsen auf dem Geldmarkt bis auf 6 1/2%.

Trotz hoher Zinsen haben die Privaten in der zweiten Jahreshälfte verstärkt Kredite aufgenommen. Ausschlaggebend hierfür waren die Belebung der Wohnbautätigkeit sowie die Kräftigung der Investitionsneigung im gewerblichen Bereich. Dagegen nahm der Kreditbedarf der öffentlichen Haushalte deutlich ab, weil die Einnahmen wegen der Erhöhung von Steuern und Sozialabgaben sowie we-

gen verbesserter Konjunktur beschleunigt stiegen und der Ausgabenanstieg gebremst wurde.

Da sich mit der Erhöhung der Geldmarktzinsen die Kassenhaltung verteuerte, wurden die Bestände von Bargeld und Sichteinlagen (M1) nicht weiter aufgestockt. Die Einlagen auf Sparkonten mit gesetzlicher Kündigungsfrist wurden nur noch wenig erhöht. Statt dessen wurden vermehrt festverzinsliche Wertpapiere gekauft und Gelder auf Konten mit längerfristiger Bindung gelenkt. Insgesamt schwächte sich die monetäre Expansion so deutlich ab, daß die Zentralbankgeldmenge, die im Frühsommer noch weit über dem oberen Rand des Zieltrichters gelegen hatte, am Jahresende in diesen Trichter zurückkehrte. Damit ist die Geldmenge zwar vom vierten Vierteljahr 1982 bis zum vierten Vierteljahr 1983 etwa in dem Umfang gestiegen, den die Bundesbank angestrebt hatte; die Entwicklung war aber sehr unstet.

Seit Jahresbeginn lockert die Bundesbank ihren Kurs vorsichtig. Die Zinsen auf dem Geldmarkt begannen zu sinken. Trotzdem hat sich die Ausweitung der Geldbestände noch nicht beschleunigt. Bargeld und Sichteinlagen verharrten auf dem im Sommer erreichten Niveau; die Zentralbankgeldmenge expandierte nach der Jahreswende mit einer laufenden Rate von 4 vH. Auf dem Kapitalmarkt ging der Zins wegen der verstärkten Anlage liquider Mittel um knapp einen halben Prozentpunkt zurück. Zur Zinssenkung hat aber wohl auch beigetragen, daß auf den Devisenmärkten die Wechselkurserwartungen umschlugen und der Dollar deutlich an Wert einbüßte, nachdem sein Kurs zuvor auf über 2,80 DM gestiegen war.

Haushaltsdefizit nahm kräftig ab

Die Finanzpolitik war weiter vor allem bemüht, das Haushaltsdefizit zurückzuführen, um das Vertrauen in ihre Solidität und Handlungsfähigkeit wieder herzustellen. Anders als in den Vorjahren waren die Konsolidierungsbestrebungen von sichtbarem Erfolg gekrönt. Mit 45 Mrd. DM fiel das Staatsdefizit im Jahre 1983 um 10 Mrd. DM geringer aus als im Jahr zuvor. Bei den Gebietskörperschaften allein verminderte sich das Defizit um 17 Mrd. DM auf 45 Mrd. DM. Die Sozialversicherungen schlossen mit einem ausgeglichenen Haushalt ab, nachdem im Vorjahr noch ein Überschuß von 7 Mrd. DM erzielt worden war.

Zur Verringerung des Defizits wurden sowohl Ausgaben gekürzt als auch Steuern und Sozialabgaben erhöht. Bei den Ausgaben fiel vor allem ins Gewicht, daß die Rentenerhöhung verschoben und das Kindergeld herabgesetzt wurde. Hinzu kamen Einsparungen bei den Personalausgaben. Aber auch die öffentlichen Investitionen wurden nochmals deutlich eingeschränkt; sie lagen im Jahre 1983 real um 8 vH unter ihrem Vorjahresniveau.

Zur Steigerung der Einnahmen trug die Anhebung der Beitragssätze in der Renten- und Arbeitslosenversicherung sowie der Mehrwertsteuersätze bei. Außerdem trat die „Zwangsanleihe“ in Kraft.

Die unerwartet deutliche Konjunkturerholung führte dazu, daß das Defizit stärker als geplant zurückging. Mehreinnahmen ergaben sich vor allem bei der Körperschaftsteuer und den Steuern vom Umsatz. Bei den Ausgaben blieben insbesondere die Zuschüsse an die Arbeitslosenversicherung weit hinter den Ansätzen zurück.

Investitionsneigung deutlich gefestigt

Seit Ende 1982 ist die inländische Nachfrage nach Investitionsgütern tendenziell aufwärts gerichtet. Das Verlaufsprofil wurde zunächst geprägt durch die Vorzieheffekte der Investitionszulage; die lebhaftere Ordertätigkeit seit Herbst 1983 signalisiert die Festigung der Investitionsneigung.

Die Investitionstätigkeit hat sich im Winterhalbjahr 1983/84 beträchtlich beschleunigt. Gegen Jahresende nahm sie deshalb außerordentlich kräftig zu, weil die für die Inanspruchnahme der Investitionszulage maßgebende Auslieferungsfrist ablief. Nach der Jahreswende blieb die Investitionstätigkeit auf hohem Niveau. Neben Fahrzeugen und büro- und datentechnischen Geräten wurden nun auch mehr Maschinen und elektrotechnische Geräte bezogen. Bei den gewerblichen Bauten verstärkte sich die Aufwärtstendenz ebenfalls.

Hohe Ausgabenbereitschaft der privaten Haushalte

Die fortschreitende Konjunkturerholung und — damit verbunden — die wieder etwas günstigere Arbeitsmarktlage trugen zu einer Kräftigung der Kaufneigung der Konsumenten bei. Die günstigeren Konditionen für Konsumentenkredite haben dies unterstützt. Ein steigender Teil des verfügbaren Einkommens wurde von den privaten Haushalten für den Erwerb von Eigenheimen und Eigentumswohnungen ausgegeben.

Die Einkommensentwicklung der privaten Haushalte war von gegenläufigen Einflüssen gekennzeichnet: Retardierend wirkte die staatliche Konsolidierungspolitik mit dem verminderten Anstieg der Transferzahlungen und der erhöhten Abgabenlast. Günstig wirkte die Zunahme des Arbeitsvolumens. Die Zahl der Beschäftigten verringerte sich nicht mehr, die Kurzarbeit ging zurück, und die Zahl der Überstunden erhöhte sich. Insgesamt ergab sich eine leichte Beschleunigung des Anstiegs der verfügbaren Einkommen. Beim realen Einkommen war sie noch stärker, weil sich der Preisanstieg abschwächte.

Markanter Anstieg der Ausfuhr

Anders als in früheren Aufschwungperioden trug der Export diesmal zunächst nur wenig zur Belebung bei. Dies lag nicht zuletzt an der anhaltenden wirtschaftlichen Schwäche in wichtigen Abnehmerländern: So gingen die Exporte nach Italien, Frankreich und in die OPEC-Länder noch weit bis in das Jahr 1983 zurück. Erst als sich dort die Wirtschaft zu erholen begann und sich in jenen Ländern, die schon früher das konjunkturelle Tal durchschritten hatten, der Einfuhrsog verstärkte, kam es zu einer kräftigen, ja fast schubartigen Zunahme der Ausfuhr. Hierzu trug freilich bei, daß infolge des Kursverlustes der D-Mark und wegen der im internationalen Vergleich niedrigen Preissteigerungen in der Bundesrepublik die preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Produzenten zunahm. Dies gilt vor allem gegenüber den Anbietern aus dem Dollar-Raum.

Von der Belebung der Ausfuhr wurden die einzelnen Branchen keineswegs gleichzeitig und in gleicher Stärke begünstigt. Während sich der deutliche Anstieg der Exporte von Grundstoffen und Produktionsgütern, der bereits Anfang 1983 eingesetzt hatte, von der Jahresmitte 1983 an noch verstärkte, begann die Ausfuhr von Investitionsgütern erst Mitte des Jahres 1983 zu steigen, und dies zunächst auch nur verhalten.

Beschleunigte Produktionsausweitung

Vor allem dank der von der Ausfuhr ausgehenden Impulse hat sich das Aufschwungstempo im Winterhalbjahr verstärkt. In einzelnen Wirtschaftszweigen mag die kräftige Produktionssteigerung auch darauf zurückzuführen sein, daß vorsorglich die Lagerbestände aufgestockt wurden, um im Falle von Arbeitskämpfen Engpässe zu vermeiden.

Wie in Aufschwungsphasen üblich, war die Aufwärtstendenz im verarbeitenden Gewerbe besonders ausgeprägt; im zweiten Halbjahr 1983 hat die Bauwirtschaft Anschluß gefunden.

Mit dem Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts um rund 3 1/2 vH gegenüber dem Tiefpunkt der Rezession ist im ersten Quartal 1984 das Produktionsniveau aus der Zeit vor der Rezession erstmals überschritten worden.

Rückgang der Beschäftigung kam zum Stillstand

Der Aufschwung wirkte sich entlastend auf den Arbeitsmarkt aus. Die Zahl der Arbeitslosen nimmt — saisonbereinigt — seit dem Herbst 1983 ab, und die Kurzarbeit wurde binnen Jahresfrist halbiert. Die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten offenen Stellen steigt leicht. Im ersten Vierteljahr 1984 war der Stellenzugang um ein

Viertel höher als ein Jahr zuvor. Daß sich die Chancen für Arbeitslose, einen Arbeitsplatz zu finden, verbessert haben, zeigt sich auch an dem deutlichen Anstieg der Zahl der Arbeitsvermittlungen.

Die Zahl der Beschäftigten ist seit dem Herbst nicht mehr gesunken. Daß die Zahl der registrierten Arbeitslosen dennoch bereits erkennbar zurückgegangen ist, deutet darauf hin, daß viele die Suche nach einem Arbeitsplatz zumindest vorübergehend einstellten und Ausländer verstärkt in ihre Heimatländer zurückkehrten. Entlastend für die Arbeitslosenstatistik könnte auch gewirkt haben, daß die Maßnahmen zur Fortbildung, Umschulung und beruflichen Einarbeitung verstärkt worden sind.

Da die zusätzlichen Mittel für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen vorrangig für ältere und leistungsgeminderte Arbeitslose eingesetzt wurden, hat sich die Arbeitslosigkeit bei den genannten Gruppen kaum noch erhöht. Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen unter 20 Jahren hat sich sogar deutlich verringert. Hierzu trug bei, daß die Wirtschaft erheblich mehr Lehrlinge als vorher eingestellt hat.

Verhaltener Preisanstieg

Seit Herbst 1983 hat sich die Lebenshaltung der privaten Haushalte schwächer verteuert als zuvor; saisonbereinigt und auf Jahresbasis steigen die Verbraucherpreise um rund 2 vH. Daß zu Beginn dieses Jahres der Vorjahresabstand wieder die 3-Prozentmarke überschritt, ist lediglich ein Basiseffekt: Zu Beginn des Vorjahres waren die Verbraucherpreise gesunken, hauptsächlich infolge der Verbilligung von Mineralölprodukten.

Die weitere Abschwächung des Preisanstiegs ist eine Spätfolge der Antiinflationpolitik in den Vorjahren. Sie drückt sich in relativ niedrigen inländischen Kostensteigerungen ebenso aus wie in niedrigen Preissteigerungen bei den Importen während der beiden letzten Jahre, die ihrerseits Folge der auch in anderen Industrieländern lange Zeit betriebenen Stabilisierungspolitik sind.

Ausblick

Das Fundament des Konjunkturanstiegs ist breiter geworden, seitdem die Belebung der Weltkonjunktur zu einer kräftigen Ausweitung der deutschen Ausfuhr geführt hat. Dies hat sicherlich dazu beigetragen, daß die Investitionsneigung der Wirtschaft nun auch nach Ablauf der Begünstigung durch die Investitionszulage zunimmt. Die Auftriebskräfte sind stark genug, um eine Fortsetzung des Anstiegs der gesamtwirtschaftlichen Produktion zu gewährleisten. Der Anstieg wird im Verlauf dieses Jahres größer sein als die Zunahme des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials, die Auslastung steigt deutlich weiter an. Damit setzt sich der Aufschwung fort. Er kann als selbsttragend bezeichnet werden, wenn darunter eine

Aufwärtsbewegung verstanden wird, die auch nach dem Abklingen geld- und finanzpolitischer Impulse anhält. Dies ist jedoch noch nicht gleichbedeutend mit einer nachhaltigen Verstärkung des — unzulänglichen — Wachstums des Produktionspotentials. Hierauf kommt es indes entscheidend an, sollen die Beschäftigungsprobleme gelöst werden. Ob dieses Ziel erreicht wird, ist angesichts der binnen- und außenwirtschaftlichen Unsicherheiten und fortbestehenden Mängel bei den Rahmenbedingungen immer noch eine offene Frage.

Der Prognose liegt wie stets eine Reihe von Annahmen und Setzungen zugrunde. Die wichtigsten sind:

- Der Welthandel nimmt kräftig zu. Dabei werden die Verschuldungsprobleme der Entwicklungsländer gemildert.
- Der Wechselkurs des Dollars gegenüber der D-Mark sinkt im Verlauf des Jahres unter Schwankungen auf eine Größenordnung von 2,40 DM. Im Europäischen Währungssystem werden die Leitkurse nicht vor dem Herbst angepaßt. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Lieferanten wird sich insgesamt nur wenig verringern.
- Das Angebot an Erdöl bleibt trotz des fortdauernden Konflikts am Persischen Golf reichlich, die Weltmarktpreise verändern sich kaum; Industrierohstoffe verteuern sich nur leicht.
- In der Finanzpolitik wird der in den Haushaltsplänen und den Begleitgesetzen zum Bundeshaushalt 1984 festgelegte Kurs eingehalten.
- Die Bundesbank steuert die Zentralbankgeldmenge etwa in der Mitte des Zieltrichters. Dies ermöglicht zusammen mit den übrigen Bestimmungsgründen eine Fortsetzung der leichten Zinssenkung.
- Die Verhandlungen über die Verkürzung der Arbeitszeit ziehen sich längere Zeit hin und werden von Arbeitskämpfen begleitet; die gesamtwirtschaftliche Produktionsentwicklung wird dadurch — so wird angenommen — nicht sehr stark beeinträchtigt. Etwaige Vereinbarungen über Arbeitszeitverkürzungen führen nicht schon in diesem Jahr zu einer nennenswerten Verringerung der Arbeitszeit und zu Kosten. Tarifliche Lohnsteigerungen werden, abgesehen vom öffentlichen Dienst, etwa die gleiche Größenordnung haben wie die in jüngster Zeit vereinbarten.

Impulse von der Weltwirtschaft

Der anhaltende Anstieg der Weltkonjunktur und die weiterhin hohe internationale Wettbewerbsfähigkeit deutscher Anbieter lassen eine kräftige Ausfuhrzunahme erwarten. Dabei wird es im Handel mit den einzelnen Regionen zu Tempoänderungen kommen. Einerseits verliert die außerordentlich starke Expansion der Ausfuhr in die

USA erheblich an Schwung, und zwar vor allem, weil dort der Konjunkturaufschwung nachläßt; die Aufwertung der D-Mark gegenüber dem Dollar wird sich auf den Export nicht so schnell auswirken. Andererseits wird sich die Zunahme der Ausfuhr nach Westeuropa bei der anhaltenden Konjunkturerholung in diesem Raum verstärken, da sich die Wettbewerbsposition deutscher Lieferanten zunächst noch verbessern dürfte. Zudem vergrößern sich die Absatzmöglichkeiten in den Entwicklungsländern einschließlich der OPEC-Länder, da deren Ausfuhrerlöse vor allem dank der steigenden Nachfrage der Industrieländer nach Rohstoffen wieder zunehmen. Schließlich wird die deutsche Ausfuhr wegen des hohen Anteils von Investitionsgütern am Exportsortiment durch die steigende Investitionstätigkeit im Ausland gefördert.

Insgesamt dürfte die reale Warenausfuhr 1984 das Vorjahresniveau um nahezu 10 vH übertreffen. Die Höhe der Zuwachsrates ist jedoch stark vom Überhang zu Beginn dieses Jahres geprägt.

Investitionsneigung deutlich verbessert

Die Investitionsneigung der Wirtschaft hat sich, gemessen an der Entwicklung der inländischen Aufträge für Investitionsgüter, auch nach Ablauf der Frist für die Inanspruchnahme der Investitionszulage weiter erhöht. Die Verbesserung wichtiger Bestimmungsgründe der Investitionsneigung spricht dafür, daß die Kräftigung weiter anhält:

- Mit der zunehmenden Erholung der Nachfrage, nun auch aus dem Ausland, ist die Einschätzung der Absatzaussichten spürbar optimistischer geworden.
- Nachdem die Gewinne schon im vergangenen Jahr merklich gestiegen waren, allerdings von einem sehr gedrückten Niveau aus, verbessern sich die Ertragsaussichten weiter. In diesem Jahr dürften weder die Preise importierter Vorprodukte noch die Lohnkosten je Produkteinheit nennenswert steigen. Auch wenn der Preisanstieg, wie zu erwarten ist, niedrig bleibt, werden sich die Erträge weiter deutlich erhöhen.
- Die steuerlichen Entlastungen der Unternehmen tragen sicherlich zur Stärkung der Ertragserwartungen und damit der Investitionsneigung bei.
- Die Erwartung steigender Eigenkapitalrenditen einerseits und leicht sinkender Zinsen andererseits begünstigt Sachinvestitionen gegenüber Finanzanlagen.

Diesen für eine anhaltende Kräftigung der Investitionsneigung günstigen Faktoren steht allerdings noch eine Reihe von Risiken gegenüber:

- Als bedeutendes und akutes Risiko ist die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich zu nennen. Mit hohen Belastungen verbundene Regelungen würden die Ertragserwartungen und damit die

Investitionsneigung auf mittlere Sicht erheblich beeinträchtigen.

- Hinzu kommt die Besorgnis, daß die Chance nur unzureichend genutzt wird, durch eine sachgerechte Gestaltung der Steuerreform zur grundlegenden Verbesserung der Wachstumsbedingungen beizutragen.
- Ferner droht die Gefahr, daß der Spielraum für eine wachstumsgerechte Finanzpolitik durch zusätzliche Anforderungen der Europäischen Gemeinschaft und durch die Gewährung neuer Subventionen eingeengt wird.

Gelingt es nicht, diese Risiken abzuwenden, so sind die Chancen für die notwendige Verstärkung des Potentialwachstums gering. Für das Jahr 1984 jedoch ist ein weiterer deutlicher Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen zu erwarten; er dürfte etwa 6 vH betragen.

Steigende Bautätigkeit dank hoher Auftragsbestände

Die Entwicklung der Bauproduktion wird in diesem Jahr stark von der Aufarbeitung erhöhter Auftragsbestände bestimmt werden. Die Bautätigkeit dürfte relativ kräftig zunehmen, obwohl die Nachfrage nach Bauleistungen seit Mitte des vergangenen Jahres stagniert. Im Wirtschaftsbau wird die Produktion beträchtlich steigen, einmal weil die von der Investitionszulage begünstigten Bauten bis zum Jahresende fertiggestellt sein müssen und zum anderen weil die Auftragseingänge nach dem Abklingen der zeitlichen Verzerrungen, die durch die Investitionszulage verursacht wurden, aus den gleichen Gründen wie bei den Ausrüstungsinvestitionen wieder zunehmen werden.

Im Wohnungsbau ist die Nachfrage bereits leicht gesunken. Eine Zunahme ist nicht abzusehen, zumal der Bedarf nicht mehr in gleichem Umfang wie bisher wächst. Wegen des großen Auftragsbestandes ist jedoch in diesem Jahr noch mit einem deutlichen Anstieg der Wohnungsbauinvestitionen zu rechnen. Im öffentlichen Bau werden Nachfrage und Produktion nur leicht ausgeweitet, da der Staat lediglich geringen Spielraum sieht.

Konsum steigt weiter

Der private Konsum wird in diesem Jahr weiter steigen. Während die Zunahme im Vorjahr in erheblichem Umfang zu Lasten der Ersparnis ging, wird sie nun in erster Linie von der Expansion der Einkommen getragen. Die Bruttolohn- und -gehaltssumme erhöht sich verstärkt, weil die Beschäftigung nach dem Rückgang im vergangenen Jahr nun allmählich wieder steigt. Ähnliches gilt auch für die Nettoeinkommen, obwohl die Abgabenbelastung vor allem wegen der erweiterten Einbeziehung von Sonderzahlungen in die Sozialversicherungspflicht, wegen der Progression des Steuertarifs sowie wegen der Halbierung

Eckdaten der Prognose für die Bundesrepublik Deutschland

	Absolute Werte			Veränderung gegen Vorjahr in vH		
	1982	1983	1984 ^{a)}	1982	1983	1984 ^{a)}
Bruttosozialprodukt, real ^{b)} (Mrd. DM)	1 247,5	1 263,2	1 304	- 1,1	1,3	3
Beschäftigte Arbeitnehmer (Tsd. Personen)	22 395	21 960	22 025	- 2,0	- 1,9	0,5
Arbeitslose (Tsd. Personen)	1 835	2 260	2 150	.	.	.
Arbeitslosenquote (vH) ^{c)}	7,6	9,3	9	.	.	.
Verbraucherpreise	.	.	.	5,3	3,0	3
Leistungsbilanzsaldo (Mrd. DM)	+ 8,7	+ 10,1	+ 20	.	.	.
Finanzierungssaldo Staat (Mrd. DM)	- 55,2	- 45,3	- 25	.	.	.

^{a)} Vorausschätzung der beteiligten Institute; Angaben gerundet. — ^{b)} In Preisen von 1976. — ^{c)} Bezogen auf alle Arbeitnehmer (Beschäftigte und Arbeitslose).

von Ausbildungsfreibeträgen erneut größer wird. Mit der Verbesserung der Gewinnlage dürften auch die Entnahmen der Selbständigen stärker steigen. Die Zunahme der staatlichen Einkommensübertragungen wird sich dagegen infolge von Sparmaßnahmen und des Rückgangs der Arbeitslosigkeit nochmals verlangsamen. Insgesamt wird sich das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte mit rund 4 vH stärker erhöhen als im vergangenen Jahr.

Wie die privaten Haushalte das erhöhte Einkommen auf Verbrauch und Ersparnis aufteilen werden, läßt sich wie immer nur schwer abschätzen. Ein Wiederanstieg der im vergangenen Jahr stark gesunkenen Sparquote ist indes wenig wahrscheinlich. Der in den vergangenen Jahren aufgestaute Ersatzbedarf ist vermutlich noch nicht gedeckt, die vermehrte Fertigstellung von Eigenheimen und Wohnungen regt die Nachfrage nach Einrichtungsgegenständen an, und neue Güter reizen verstärkt zum Kauf. All dies spricht ebenso für eine hoch bleibende Verbrauchsneigung wie die günstiger gewordenen Erwartungen der Konsumenten. Hinzu kommt, daß auch in diesem Jahr ein großer Betrag an Prämienersparnissen frei wird. Alles in allem kann sogar mit einem leichten weiteren Rückgang der Sparquote gerechnet werden.

Staatsdefizit nimmt rasch ab

Mit den finanzpolitischen Beschlüssen für 1984 wird der Kurs fortgesetzt, durch eine Kombination von Maßnahmen zur Begrenzung der Neuverschuldung des Staates und zur Entlastung der Unternehmen Wachstumskräfte freizusetzen. Zur Einschränkung des Finanzierungsdefizits wurden Sozialabgaben erhöht, Personalausgaben eingespart und soziale Leistungen gekürzt. Zur Entlastung der Unternehmen wurde die Vermögensteuer gesenkt und die Abschreibung erleichtert; dem stehen allerdings Mehrbelastungen mit Sozialabgaben gegenüber.

Da auch Länder und Gemeinden den Konsolidierungskurs fortsetzen, bleibt der Anstieg der Ausgaben der Ge-

bietskörperschaften mit 2 1/2 vH abermals deutlich unter dem des nominalen Sozialprodukts. Dabei wird sich die Ausgabenstruktur, anders als in den Vorjahren, nicht mehr verschlechtern; die Ausgaben für Investitionen nehmen nach mehrjährigem starkem Rückgang leicht zu. Infolge der Sanierungsmaßnahmen sowie des Rückgangs der Arbeitslosigkeit wird ein Zuschuß des Bundes an die Bundesanstalt für Arbeit nicht mehr notwendig sein. Die Arbeitslosenversicherung dürfte vielmehr einen Überschuß in der Größenordnung von 3 bis 5 Mrd. DM erzielen.

Aufgrund der Maßnahmen zur Begrenzung der Ausgaben und zur Erhöhung der Einnahmen braucht die Rentenversicherung in diesem Jahr nicht mehr auf Rücklagen zurückzugreifen. Für alle Träger der Sozialversicherung zusammen wird sich ein Überschuß von 5 bis 6 Mrd. DM ergeben.

Die Einnahmen aus Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen werden mit der Konjunktur weiter zügig steigen; hinzu kommen die Mehreinnahmen aus Steuer- und Abgabenerhöhungen. Unter Einschluß der Gewinnabführung der Bundesbank von 11 Mrd. DM erhöhen sich die Einnahmen des Staates fast doppelt so rasch wie die Ausgaben. Das Finanzierungsdefizit wird nahezu halbiert werden und auf 25 Mrd. DM zurückgehen. Das Defizit der Gebietskörperschaften allein nimmt um 15 Mrd. auf rund 30 Mrd. DM ab.

Produktionsanstieg setzt sich fort

Die gesamtwirtschaftliche Produktion wird im Jahresverlauf mit rund 3 vH etwa so stark zunehmen wie im vorigen Jahr. Trotz nachlassender lagerzyklischer Impulse wird das Tempo in der zweiten Jahreshälfte wohl nur wenig geringer sein. Wegen des Überhanges am Jahresbeginn wird die Zunahme im Jahresdurchschnitt etwas mehr als 3 vH betragen. Überdurchschnittlich wird die Produktionsausweitung nach wie vor im produzierenden

Gewerbe sein. Dabei dürfte sich im Zusammenhang mit dem Nachlassen des Lageraufbaus einerseits und der kräftigen Steigerung der Ausfuhr andererseits der Schwerpunkt der Zunahme vom Grundstoff- zum Investitionsgüterbereich verlagern. Im Durchschnitt des Jahres wird die Produktion im verarbeitenden Gewerbe — ebenso wie im Baugewerbe — um rund 5 vH höher sein als vor einem Jahr.

Besserung am Arbeitsmarkt

Bei dieser Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Produktion wird die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer im Verlauf des Jahres in einer Größenordnung von 200 000 zunehmen. Zusätzliche Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung werden daran nur geringen Anteil haben. In der Industrie wird die Beschäftigung im Jahresverlauf um etwa 50 000 Personen steigen, in der Bauwirtschaft wird die Zunahme fast ebenso groß sein.

Die Zahl der Arbeitslosen wird im Verlauf des Jahres zurückgehen; gegen Jahresende dürfte der Vorjahresstand um etwa 200 000 unterschritten werden. Neben dem steigenden Arbeitskräftebedarf trägt zur Verringerung wohl wiederum bei, daß sich Arbeitslose in die Stille Reserve zurückziehen und daß mehr Mittel für Maßnahmen der beruflichen Fortbildung, Umschulung und betrieblichen Einarbeitung zur Verfügung stehen. Das Arbeitskräfteangebot erhöht sich weniger als bisher, vor allem weil mehr Ausländer in ihre Heimatländer zurückkehren.

Ob sich die Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt verbessern wird, ist unsicher. Die Nachfrage nach Lehrstellen dürfte etwa die gleiche Größenordnung haben wie im vergangenen Jahr, als sie außerordentlich hoch war. Die Entwicklung des Angebots ist nur schwer abzuschätzen: Einmal werden weniger Lehrstellen frei, zum anderen dürfte sich mit der anhaltenden konjunkturellen Belebung die Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen erhöhen.

Höherer Überschuß der Leistungsbilanz

Die Wareneinfuhr wird mit dem Konjunkturanstieg in der Bundesrepublik weiter kräftig expandieren. Deutlich zunehmen dürften die Fertigwarenimporte im Zusammenhang mit der lebhaften Investitionstätigkeit und der Zunahme des privaten Verbrauchs. Die steigende Industrieproduktion erfordert zunehmende Vorproduktimporte; da lagerzyklische Impulse jedoch eine geringere Rolle spielen dürften als im vergangenen Jahr, ist bei den Vorprodukten mit einer Abschwächung zu rechnen. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit ausländischer Anbieter aus dem Dollar-Raum dürfte sich zwar verbessern, dies wird sich aber nicht rasch auswirken. Insgesamt wird die Wareneinfuhr in diesem Jahr um rund 8 vH höher sein als im Jahre 1983.

Der reale Außenbeitrag wird erheblich zunehmen. Der Überschuß der Leistungsbilanz dürfte eine Größenordnung von etwa 20 Mrd. DM erreichen.

Preisanstieg bleibt gering

Die Voraussetzungen sind günstig, daß der Preisauftrieb im Verlauf des Jahres gemäßigt bleibt. Die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten werden nur wenig steigen, und die Preise importierter Güter dürften wegen der Wechselkursentwicklung im ganzen etwa stabil bleiben. Die verhaltene monetäre Entwicklung und die nach wie vor große Angebotselastizität sprechen ebenfalls gegen eine Verschlechterung des Preisklimas. Schließlich ist bei Nahrungsmitteln nach den jüngsten Agrarbeschlüssen der Europäischen Gemeinschaft mit weitgehend stabilen Preisen zu rechnen. Alles in allem werden die Verbraucherpreise bis zum Jahresende nur mäßig steigen; im Vorjahresvergleich dürfte ihre Anstiegsrate dann weniger als 2,5 vH betragen. Im Jahresdurchschnitt werden sie um knapp 3 vH höher als im Vorjahr sein.

Wirtschaftspolitische Überlegungen¹

Die wirtschaftliche Erholung in der Bundesrepublik Deutschland wird sich in diesem Jahr mit beachtlichem Schwung fortsetzen. Die Beschäftigung wird steigen, die Arbeitslosigkeit weiter zurückgehen und der Preisauftrieb relativ gering bleiben. Der Aufschwung ist das Ergebnis des Zusammenspiels von Verbesserungen der Rahmenbedingungen, vorübergehend wirkenden Maßnahmen und zyklischen Einflüssen. Dies gilt auch für die Belebung der Investitionen. Sie nehmen zwar weiter zu; offen bleibt indes die Frage, ob sich die Aufwärtstendenz so weit verstärkt und so dauerhaft ist, daß jener Pfad des Potentialwachstums erreicht wird, der einen deutlichen Abbau der Arbeitslosigkeit und eine weitere Erhöhung des Realeinkommens ermöglicht. Auf dem Weg dahin gibt es sowohl noch Hemmnisse als auch neue Gefährdungen.

In der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik wurden zwar Schritte auf dem Wege zu einer Verbesserung der Bedingungen für Wachstum und Beschäftigung getan, beispielsweise mit der Durchforstung von Sozialleistungen, mit der Beschränkung der Personalausgaben des Staates und mit der steuerlichen Entlastung der Unternehmen. Doch zugleich gab es Schritte in die falsche Richtung. So wurden Steuern und Sozialabgaben erhöht. Die Tatsache, daß die Verringerung des Staatsdefizits zu einem erheblichen Teil auf diese Weise erzielt wurde, läßt die erreichte Konsolidierung in einem weniger günstigen Licht erscheinen, als dies häufig gesehen wird.

¹ Zu einigen der hier behandelten Fragen vertritt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, (DIW) eine abweichende Meinung; sie ist am Ende dieses Kapitels wiedergegeben.

Die Tendenzen in der Diskussion über die Agrar-, die Industrie- und Technologiepolitik in der Europäischen Gemeinschaft sowie die Wohnungsbaupolitik, das Zögern beim Abbau von Subventionen und die Betonung des Umverteilungsgesichtspunktes bei der geplanten Steuerreform sprechen für einen Mangel an Einsicht in die Notwendigkeit oder für fehlende Entschlossenheit, den Einfluß des Staates zu verringern und Leistung, Eigenverantwortung und Risikobereitschaft zu fördern.

Sollen bei der angekündigten Reform des Einkommenssteuertarifs die Weichen in Richtung Wachstumsförderung gestellt werden, so ist zu beachten:

- Im Mittelpunkt der Entlastung muß die Verringerung der Grenzbelastung stehen, damit sich zusätzliche Leistung lohnt. Zwar kann dies auch durch Verlängerung der Progressionszone bei unverändertem oder sogar niedrigerem Spitzensteuersatz erreicht werden. Wegen des begrenzten Spielraums für eine Entlastung und der besonderen Bedeutung der Leistungsanreize für den Bereich der mittleren Einkommen sollten sich die Korrekturen jedoch auf die gegenwärtige Progressionszone beschränken. Dem entspräche am besten, wenn der Anstieg der Grenzbelastung von der unteren Proportionalzone bis zum Spitzensteuersatz stetig wäre. Auch ein solcher Tarif würde zu beträchtlichen Einnahmeausfällen führen. Dennoch sollte versucht werden, ihm möglichst nahe zu kommen.
- Die Reform sollte möglichst bald durchgeführt werden, um das Einschwenken der Wirtschaft auf einen steileren Wachstumspfad zu erleichtern. Ein Hinausschieben birgt die Gefahr in sich, daß neue Begehrlichkeiten geweckt werden. Aus heutiger Sicht ist nicht anzunehmen, daß bei einer frühen Steuerentlastung die Nachfrageeffekte konjunkturell unerwünscht sein könnten.

Aus alledem folgt, daß die Familienkomponente weder großes Gewicht haben noch zeitlich vorgezogen werden darf. Auch dürfen zur Finanzierung der Reform nicht andere Steuern erhöht werden. Einmal ist keineswegs sichergestellt, daß die Erhöhung von indirekten Steuern überwälzt werden kann, zum anderen fördert auch eine Erhöhung indirekter Steuern das Ausweichen in die Schattenwirtschaft. Statt dessen müssen weiterhin staatliche Aufgaben und Ausgaben durchforstet sowie Steuervergünstigungen, die zu einer Fehlallokation von Produktionsfaktoren führen, abgebaut werden.

Die Ausgaben werden sich nicht im gleichen Jahr in dem Umfange kürzen lassen, in dem die Entlastungen durch die Tarifreform die Einnahmen des Staates schmälern. Es muß also vorübergehend eine Vergrößerung des staatlichen Defizits in Kauf genommen werden. Folgt die Steuerreform den beschriebenen Grundsätzen, so wird sich das Defizit durch wachstumsbedingte Mehreinnahmen in überschaubarer Zeit zurückbilden. Bei einer sol-

chen Politik wird auch das gerade erst zurückgewonnene Vertrauen in die Solidität der Staatsfinanzen keinen Schaden nehmen.

Dies würde besonders dann gelten, wenn die Einschränkung von Subventionen entschlossen in Angriff genommen würde. Allerdings hat die Bundesregierung entgegen ihren Ankündigungen Subventionen nicht gekürzt, sondern sogar erhöht. Welche Bedeutung ein Subventionsabbau für eine offensive Wachstumsstrategie hat, ist im Gemeinschaftsgutachten vom Herbst 1983 ausführlich dargelegt worden. Dort heißt es: Fortgesetzte staatliche Stützung bestimmter Produktionen führt zu Überproduktion und ineffizienter Produktionsweise. Erfolg im Wirtschaftsleben hängt dann mehr von der Kenntnis der Wege ab, staatliche Hilfen zu erlangen, als vom Durchsetzungsvermögen im Wettbewerb. Zudem wirken sich vom Staat gewährte Vorteile für die einen Produzenten zum Nachteil der mit ihnen konkurrierenden anderen aus. Da Hilfen zumeist an große Unternehmen gewährt werden, wird oft die Existenz kleiner Unternehmen gefährdet. Zumeist ergeben sich die negativen Wirkungen staatlicher Subventionen auf indirektem Weg. Die Subventionen müssen von allen am Wirtschaftsprozess Beteiligten in Form höherer Steuern und Abgaben, aber auch höherer Zinsen erbracht werden. Zum Katalog der Subventionen, die überprüft werden müssen, gehören die Förderung der Geldvermögensbildung, die Förderung des Wohnungsbaus und die Vergünstigungen in Form bestimmter Freibeträge bei der Steuerbemessung. Korrekturen bei der Hilfe für Agrar-, Kohle-, Stahl- und Wertbereich sind ebenso überfällig. Dort, wo Hilfen weiterhin gewährt werden, ist eine Beteiligung der Begünstigten an den Anpassungslasten unerlässlich.

Gefahr auf dem Weg zu einem höheren Wachstum des Produktionspotentials droht gegenwärtig insbesondere von den Bestrebungen um Arbeitszeitverkürzung. Das Risiko ist groß, daß tarifvertragliche oder gesetzliche Regelungen die Verwendung von jenen Gruppen von Arbeitskräften, die bereits heute knapp sind, entweder direkt oder indirekt über die Erhöhung der Arbeitskosten einschränken. Dies mindert die Produktionsmöglichkeiten und damit die Beschäftigungschancen für jene Arbeitskräfte, die nicht knapp sind. Damit schwächt eine Arbeitszeitverkürzung den sonst möglichen Anstieg von Beschäftigungsvolumen und Realeinkommen. Die negativen Effekte auf Wachstum, Beschäftigung und Einkommen wären noch stärker, wenn die Verkürzung der Wochenarbeitszeit mit einer Einschränkung von Überstunden und der Vorruhestand mit einer Begrenzung des Hinzuverdienstes verbunden wird.

Derartige Arbeitszeitverkürzungen berühren auch die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Sie beeinträchtigen die Anpassungsfähigkeit der Wirtschaft an die sich wandelnde Struktur von Nachfrage und Produktion und erschweren die Wahrnehmung neuer Chancen, die für ein

so außenhandelsabhängiges Land wie die Bundesrepublik von entscheidender Bedeutung sind. Erhöhen sich durch Arbeitszeitverkürzungen die Kosten, so ist zwar ein Ausgleich über eine Abwertung der D-Mark nicht ausgeschlossen, aber wegen der Vielfalt der Bestimmungsfaktoren des Wechselkurses keinesfalls gesichert. Betroffen würden in jedem Fall diejenigen Betriebe oder Sektoren, die besonders arbeitsintensiv produzieren, die einen hohen Anteil an knappen Arbeitskräften haben und — im Falle des vorgezogenen Ruhestandes — die relativ viele ältere Mitarbeiter beschäftigen.

Sinnvoller als eine tariflich vereinbarte, allgemeine Verkürzung von Wochen- oder Lebensarbeitszeit ist eine Flexibilisierung, die den Vertragspartnern erlaubt, die Arbeitszeit und entsprechend das Einkommen gemäß ihren Möglichkeiten und Präferenzen zu vereinbaren. Die Flexibilität muß nach beiden Seiten gelten, also sowohl für eine Verkürzung der Arbeitszeit mit entsprechender Verringerung des Einkommens als auch für eine Verlängerung mit entsprechender Steigerung des Einkommens. Mit der Flexibilisierung wäre eine stärkere Auslastung der Produktionsanlagen beispielsweise durch Schichtarbeit möglich. Dies würde die Kapitalkosten senken und damit die Wachstumsbedingungen verbessern.

Wegen der nach wie vor hohen Unterbeschäftigung darf die Lohnpolitik gegenwärtig die ohnehin kleinen Verteilungsspielräume nicht voll ausnutzen. Notwendig ist aber auch, die Löhne stärker nach beruflichen, sektoralen und regionalen Knappheiten zu differenzieren. Dies könnte zum Teil durch entsprechend differenzierte Tariflohnabschlüsse verwirklicht werden. Zum gleichen Ergebnis würde eine marktmäßige Differenzierung über die Lohnkraft führen. Da Tariflöhne Mindestlohncharakter haben, sind in diesem Fall allgemein niedrigere Lohnabschlüsse als sonst erforderlich, damit das Effektivlohnniveau nicht stärker steigt als die verteilbare Produktivität. Die stärkere Differenzierung mildert die Friktionen beim Strukturwandel. Unangebracht ist es auf jeden Fall, wenn die Arbeitgeber in bedrängten Zweigen Lohnerhöhungen zustimmen und zugleich nach staatlichen Subventionen rufen.

Der Beitrag, den die Geldpolitik zur Herstellung wachstumsfreundlicher Bedingungen im Inland leisten kann, besteht darin, die Geldwertstabilität und eine reibungslose Finanzierung des Potentialwachstums zu sichern; hierauf sollte sie sich beschränken.

Nach der Zielvorstellung der Bundesbank soll die Zentralbankgeldmenge vom vierten Quartal 1983 bis zum vierten Quartal 1984 um 4 bis 6 vH steigen. Dieses Ziel entspricht den Anforderungen. Der Zieltrichter wurde um einen Prozentpunkt enger als in den vergangenen Jahren. Damit hat die Bundesbank ihren Spielraum für eine diskretionäre Geldpolitik verringert. Dies deutet darauf hin, daß sie stärker als in der Vergangenheit für eine steti-

ge und zielgerechte Ausweitung der Geldmenge sorgen will.

Mit der vorsichtigen Lockerung der Geldpolitik seit Jahresbeginn ist für den weiteren Verlauf des Jahres ein leichter Rückgang der Zinsen und ein Anstieg der Geldhaltung angelegt. Umfangreiche Liquiditätsspritzen erscheinen für eine angemessene Geldmengenausweitung nicht erforderlich. Die notwendige Liquiditätsausweitung sollte durch Offenmarktoperationen mit flexiblen Zinssätzen und durch eine entsprechende Anpassung des Lombardsatzes herbeigeführt werden.

Unsicherheit und Spekulationen über den wirtschaftspolitischen Kurs hier oder in den Vereinigten Staaten werden vermutlich auch in nächster Zeit zu beachtlichen Schwankungen der Wechselkurse führen. Auch Arbeitskämpfe können dies bewirken. Die Bundesbank kann die hiervon auf Preise und Produktion ausgehenden Wirkungen nicht dadurch aufheben, daß sie die Kursbewegungen durch Interventionen zu glätten versucht. Intervenierte sie, so wird die inländische Geldversorgung unstet. Ähnliches gilt für den Versuch, internationale Kapitalbewegungen durch zinspolitische Maßnahmen zu dämpfen. Kapitalströme werden entscheidend davon beeinflußt, wie sich Wachstumsaussichten, Freizügigkeit und Sicherheit in den betroffenen Ländern in der Einschätzung von Kapitalgebern und -nehmern verändern.

★ ★ ★ ★ ★

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, (DIW) vertritt zu den Fragen der Steuerreform und der dabei zu beachtenden konjunktur- und finanzpolitischen Gesichtspunkte eine von den anderen Instituten abweichende Meinung. Dies gilt auch für das Urteil über die Wirkungen von Arbeitszeitverkürzungen.

Bei der Wahl des Zeitpunktes, zu dem die Tarifreform wirksam wird, sollte die konjunkturelle Situation besondere Beachtung finden; in einer Phase sehr günstiger Konjunktur bestünde die Gefahr, daß die Preissteigerung angeheizt würde und damit die realen Wachstumsimpulse, die mit der steuerlichen Erleichterung gegeben werden sollen, schwächer ausfielen als in einer Periode ruhigen oder gar ungünstigen Konjunkturverlaufs.

Eine generell unterschiedliche Beurteilung der Wachstumswirkungen, die von einer Förderung der Familien zu erwarten sind, und derjenigen, die sich aus einer Verminderung der Progression des Tarifs ergeben, ist nicht gerechtfertigt. Begreift man den Wachstumsprozeß als Ergebnis des Zusammenwirkens günstiger Angebots- und Nachfragebedingungen, so können die Mittel, die zur Förderung von (einkommensschwachen) Familien bereitgestellt werden, erhebliche wachstumspolitische Bedeutung haben. Sie brauchen daher nicht als Schmälerung der Wachstumseffekte gesehen zu werden, die sich bei anderer Verwendung ergeben würden.

Das DIW stimmt mit den übrigen Instituten darin überein, daß eine „Finanzierung“ der Einnahmefälle, die mit einer steuerlichen Entlastung verbunden wären, durch eine Anhebung indirekter Steuern oder anderer Abgaben abzulehnen ist. Diese Ablehnung gilt grundsätzlich aber auch für die Möglichkeit, eine Finanzierung durch weitere — fiskalisch oder mit dem abstrakten Argument einer Zurückdrängung der Staatsquote motivierte — Kürzungen der Ausgaben zu suchen. Ökonomisch begründbar ist jedoch die Kürzung von Subventionen und Steuervergünstigungen.

Soweit die Regierung glaubt, nicht ohne eine Refinanzierung der Steuerausfälle deshalb auskommen zu können, weil es sonst zu lange dauert, bis sich die erhöhten Defizite der Staatshaushalte wieder zurückbilden, sollte die Steuerentlastung geringer gehalten oder zu diesem Teil auf ein späteres Jahr verschoben werden.

Bei der Frage nach den Wirkungen von Arbeitszeitver-

kürzungen teilt das DIW die Sorge der übrigen Institute nicht, daß damit die Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte dauerhaft vermindert würde. Mit Blick auf die auch mittelfristig düsteren Perspektiven des Arbeitsmarktes erwarten viele von einer Verkürzung der Arbeitszeit einen Beitrag zur Entlastung. Diese Einschätzung verbindet sich mit der Vorstellung von einem schrittweisen, sich über mehrere Jahre erstreckenden Prozeß, bei dem außerdem beachtet werden muß, daß Regelungen des Lohnausgleichs nicht zu erhöhten Kosten bei den Unternehmen führen. Wird eine Arbeitszeitverkürzung entsprechend diesen Grundsätzen vorgenommen, so ist die Antwort auf das Problem der Verknappung von Arbeitskräften bestimmter Qualifikation anders zu geben als bei einer Arbeitszeitverkürzung in einem großen Schritt: Im Zuge des mittel- oder längerfristigen Prozesses gibt es ausreichend Möglichkeiten zur Ausbildung, Fortbildung und Höherqualifizierung, mit denen solchen Verknappungen ständig entgegengewirkt werden kann.

Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Vorausschätzung für das Jahr 1984

	1982 ^{a)}	1983 ^{a)}	1984 ^{b)}	1983 ^{a)}		1984 ^{b)}	
	Jahre			1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
1. Entstehung des Sozialprodukts Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Zahl der Erwerbstätigen	- 1,8	- 1,7	0,5	- 2,1	- 1,4	0	0,5
Arbeitszeit (arbeitstäglich)	- 0,6	- 0,1	0,5	- 0,4	0,2	0,5	0
Arbeitstage ^{c)}	0,2	0,0	- 0	0,3	- 0,3	0,5	- 0,5
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich)	- 2,2	- 1,8	0,5	- 2,2	- 1,5	0,5	0,5
Produktivität ^{d)}	1,3	2,7	3	2,2	3,2	3	2,5
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1976	- 1,0	0,9	3	0,0	1,7	3,5	3

2. Verwendung des Sozialprodukts in Jeweiligen Preisen
a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	899,4	935,1	978	450,8	484,3	472	506,5
Staatsverbrauch	325,3	333,5	342,5	154,5	179,0	159	183,5
Anlageinvestitionen	329,1	344,4	373,5	155,5	188,9	169	204,5
Ausrüstungen	125,2	135,4	147,5	61,7	73,7	66,5	81
Bauten	203,9	209,0	226,5	93,9	115,1	102,5	123,5
Vorratsveränderung	6,6	18,7	22	8,7	10,0	13,5	8,5
Außenbeitrag	38,4	39,6	54,5	21,3	18,2	24	30,5
Ausfuhr	535,9	538,6	600	263,3	275,4	294,5	305,5
Einfuhr	497,5	499,1	545,5	241,9	257,1	270,5	275
Bruttosozialprodukt	1 598,9	1 671,2	1 771	790,8	880,4	838	933

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Privater Verbrauch	3,0	4,0	4,5	3,7	4,2	4,5	4,5
Staatsverbrauch	2,4	2,5	2,5	1,3	3,5	3	2,5
Anlageinvestitionen	- 2,7	4,6	8,5	2,4	6,5	8,5	8,5
Ausrüstungen	- 2,7	8,1	9	5,7	10,2	7,5	10
Bauten	- 2,7	2,5	8,5	0,4	4,3	9,5	7,5
Ausfuhr	8,1	0,5	11,5	- 0,9	1,8	12	11
Einfuhr	3,1	0,3	9,5	- 3,4	4,0	12	7
Bruttosozialprodukt	3,6	4,5	6	3,8	5,1	6	6

3. Verwendung des Sozialprodukts in Preisen von 1976
a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	688,4	695,1	706	338,1	357,0	343	363,5
Staatsverbrauch	248,7	248,2	250	121,9	126,3	122,5	127
Anlageinvestitionen	247,8	255,0	268	116,1	139,0	122,5	146
Ausrüstungen	102,2	108,0	114	49,5	58,6	52	62,5
Bauten	145,7	147,0	154	66,6	80,4	70,5	83,5
Vorratsveränderung	5,1	14,2	18,5	7,0	7,2	12,5	6
Außenbeitrag	57,6	50,7	61	26,0	24,8	30	31
Ausfuhr	420,3	416,4	451,5	204,9	211,5	224	227,5
Einfuhr	362,8	365,6	390	179,0	186,7	194	196,5
Bruttosozialprodukt	1 247,5	1 263,2	1 304	609,0	654,2	630,5	673,5

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Privater Verbrauch	- 2,2	1,0	1,5	0,4	1,5	1,5	2
Staatsverbrauch	- 1,0	- 0,2	0,5	- 1,2	0,8	0,5	0,5
Anlageinvestitionen	- 5,1	2,9	5	1,3	4,3	5,5	5
Ausrüstungen	- 6,6	5,7	5,5	3,4	7,8	4,5	6,5
Bauten	- 3,9	0,9	5	- 0,2	1,9	6	4
Ausfuhr	3,7	- 0,9	8,5	- 2,4	0,5	9,5	7,5
Einfuhr	0,8	0,8	6,5	- 2,6	4,2	8,5	5
Bruttosozialprodukt	- 1,1	1,3	3	0,4	2,1	3,5	3

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Sozialprodukts (1976 = 100)
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Privater Verbrauch	5,3	3,0	3	3,3	2,7	3	2,5
Staatsverbrauch	3,4	2,7	2	2,6	2,7	2,5	2
Anlageinvestitionen	2,5	1,7	3	1,1	2,2	3	3
Ausrüstungen	4,3	2,2	3	2,3	2,2	3	3
Bauten	1,3	1,6	3,5	0,5	2,4	3	3,5
Ausfuhr	4,2	1,5	3	1,6	1,3	2,5	3
Einfuhr	2,3	- 0,5	2,5	- 0,8	- 0,2	3	1,5
Bruttosozialprodukt	4,8	3,2	2,5	3,5	3,0	2,5	3

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1982 ^{a)}	1983 ^{a)}	1984 ^{b)}	1983 ^{a)}		1984 ^{b)}	
	Jahre			1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd. DM

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	900,2	915,3	955,5	431,2	484,1	452,5	503
Bruttolohn- und -gehaltsumme	732,2	742,3	774,5	349,2	393,1	366,5	408
Nettolohn- und -gehaltsumme	508,2	510,0	525,5	242,8	267,2	251,5	274
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	325,7	362,2	396,5	169,6	192,6	181	215,5
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	264,2	298,4	330	139,7	158,8	149	181
Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen ^{*)}	261,2	272,0	294	132,2	139,8	140	153,5
Nichtentnommene Gewinne	3,0	26,4	36	7,5	18,9	9	27,5
Volkseinkommen	1 225,9	1 277,5	1 352	600,8	676,7	633,5	718,5
Abschreibungen	200,3	210,1	222,5	103,6	106,4	109,5	113
Indirekte Steuern abzüglich Subventionen	172,7	183,7	196	86,4	97,3	94,5	101,5
Bruttosozialprodukt	1 598,9	1 671,2	1 771	790,8	880,4	838	933

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	2,1	1,7	4,5	1,1	2,2	5	4
Bruttolohn- und -gehaltsumme	2,1	1,4	4,5	0,8	1,9	5	4
Nettolohn- und -gehaltsumme	0,9	0,4	3	- 0,1	0,8	3,5	2,5
nachrichtlich:							
Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	4,2	3,4	4	3,1	3,6	5	3
Nettolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	2,9	2,3	2,5	2,2	2,4	3,5	1,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	6,8	11,2	9,5	12,3	10,2	6,5	12
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	7,2	13,0	10,5	14,7	11,5	7	14
Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen ^{*)}	2,8	4,2	8	1,9	6,4	6	10
Volkseinkommen	3,3	4,2	6	4,0	4,4	5,5	6
Abschreibungen	6,4	4,9	6	4,5	5,2	6	6
Indirekte Steuern abzüglich Subventionen	2,0	6,4	7	2,0	10,6	9,5	4,5
Bruttosozialprodukt	3,6	4,5	6	3,8	5,1	6	6

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte

a) Mrd. DM

Nettolohn- und -gehaltsumme	508,2	510,0	525,5	242,8	267,2	251,5	274
Empfangene laufende Übertragungen ¹⁾	282,8	290,4	296	144,7	145,7	148	148
Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen	295,0	310,9	336	148,6	162,3	161	174,5
Abzüge:							
Zinsen auf Konsumentenschulden	19,7	18,3	18	9,3	9,0	9	9
Geleistete laufende Übertragungen ²⁾	31,9	32,6	34	15,1	17,5	16	18
Verfügbares Einkommen	1 034,5	1 060,4	1 105	511,7	548,7	535,5	569,5
Privater Verbrauch	899,4	935,1	978	450,8	484,3	472	506,5
Ersparnis	135,1	125,3	127	60,9	64,3	64	63,5
Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens (Sparquote)	13,1	11,8	11,5	11,9	11,7	12	11

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Nettolohn- und -gehaltsumme	0,9	0,4	3	- 0,1	0,8	3,5	2,5
Empfangene laufende Übertragungen	5,3	2,7	2	2,7	2,7	2	1,5
Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen	3,0	5,4	8	3,4	7,3	8,5	7,5
Verfügbares Einkommen	2,4	2,5	4	1,7	3,3	4,5	4
Privater Verbrauch	3,0	4,0	4,5	3,7	4,2	4,5	4,5
Ersparnis	- 1,4	- 7,3	1,5	- 11,0	- 3,4	4,5	- 1,5

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1982 ^{a)}	1983 ^{a)}	1984 ^{b)}	1983 ^{a)}		1984 ^{b)}	
	Jahre			1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.

7. Einnahmen und Ausgaben des Staates^{h)}
a) Mrd. DM

Einnahmen							
Steuern	395,3	414,7	442	191,1	223,6	207,5	234,5
Sozialbeiträge	284,0	290,0	307	137,7	152,3	146	161
Erwerbseinkünfte	29,7	29,8	30	20,4	9,5	17,5	12,5
Sonstige laufende Übertragungen	16,4	19,5	20,5	9,3	10,2	9,5	10,5
Empfangene Vermögensübertragungen	6,3	6,5	6,5	2,8	3,7	3	4
Einnahmen insgesamt	731,7	760,6	806	361,3	399,3	383,5	422,5
Ausgaben							
Staatsverbrauch	325,3	333,5	342,5	154,5	179,0	159	183,5
Zinsen	43,9	50,4	54	27,5	22,9	29,5	24,5
Laufende Übertragungen an							
Private Haushalte	291,7	296,2	303,5	148,2	148,0	152	151
Unternehmen	33,0	34,5	36	15,3	19,2	16	20
Ausland	24,8	26,4	28	13,3	13,1	14,5	14
Geleistete Vermögensübertragungen	31,7	32,6	33,5	14,5	18,1	15,5	18
Nettoinvestitionen	36,6	32,4	33	13,2	19,3	13	20
Ausgaben insgesamt	786,9	805,9	830,5	386,4	419,5	399,5	431
Finanzierungssaldo	- 55,2	- 45,3	- 24,5	- 25,1	- 20,2	- 16	- 8,5

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Einnahmen							
Steuern	2,3	4,9	6,5	3,1	6,5	8,5	5
Sozialbeiträge	5,9	2,1	6	1,0	3,1	6	5,5
Erwerbseinkünfte	43,0	0,4	1	1,4	- 1,8	- 13	31
Sonstige laufende Übertragungen	3,5	18,6	4	24,8	13,5	3,5	4,5
Empfangene Vermögensübertragungen	- 11,2	4,0	2,5	3,7	4,2	3	2
Einnahmen insgesamt	4,8	3,9	6	2,7	5,1	6	6
Ausgaben							
Staatsverbrauch	2,4	2,5	2,5	1,3	3,5	3	2,5
Zinsen	24,0	14,8	7	13,2	16,8	8	6,5
Laufende Übertragungen an							
Private Haushalte	6,3	1,5	2,5	1,5	1,6	2,5	2
Unternehmen	1,0	4,5	4,5	11,4	- 0,4	4	5
Ausland	4,5	6,5	7	3,7	9,5	8	5,5
Geleistete Vermögensübertragungen	0,9	2,9	2,5	13,1	- 4,1	6	- 0,5
Nettoinvestitionen	- 13,0	- 11,2	1,5	- 14,7	- 8,8	- 0,5	3,5
Ausgaben insgesamt	3,9	2,4	3	2,3	2,5	3,5	2,5

^{a)} Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (vgl. Wirtschaft und Statistik, Heft 3/1984) sowie eigene Berechnungen der Arbeitszeit und der Produktivität; Abweichungen in den Summen durch Rundung der Angaben in Mrd. DM bedingt. — ^{b)} Vorausschätzungen der beteiligten Institute; Angaben gerundet. — ^{c)} Veränderung der Zahl der Arbeitstage nur zur Hälfte berücksichtigt. — ^{d)} Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1976 je Erwerbstätigenstunde. — ^{e)} Nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden. — ^{f)} Soziale Leistungen abzüglich der Lohnsteuer auf Pensionen und der Beiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen. — ^{g)} Nichtzurechenbare Steuern, freiwillige Sozialbeiträge der Selbständigen, Hausfrauen u. ä., Rückerstattungen und sonstige laufende Übertragungen an den Staat, Nettoprämien für Schadenversicherungen abzüglich Schadenversicherungsleistungen, internationale private Übertragungen. — ^{h)} Gebietskörperschaften, ERP, Lastenausgleichsfonds und Sozialversicherung.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00
BTX-Systemnummer • 880 *

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp
Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Jürgen Müller, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler,
Dr. Wolfgang Watter, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Zipfel-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.
Bezugspreis für den Jahrgang DM 100,—, vierteljährlich DM 30,—, Einzelnummer DM 4,—.
Zugl. Versandkosten.